

## Plastiksackerln ade?

In jüngster Zeit kursieren Berichte über Plastiksackerl-Verbote in anderen EU-Mitgliedsstaaten, z.B Italien.

Dazu hält das Lebensministerium fest: **bis dato** gibt es in der EU **kein Verbot** Plastiksackerl in Verkehr zu setzen. Ein solches Verbot würde der EU-Verpackungsrichtlinie widersprechen. Auch betreffend Italien liegt bis jetzt kein Hinweis auf die Notifizierung einer Regelung vor. Die derzeitige EU-Rechtsslage schränkt die Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedsstaaten ein. Es geht im Wesentlichen immer darum die kostenlose Abgabe von Sackerln zu unterbinden um die Plastikmenge zu reduzieren.

Darüber hinaus ist das Verhältnis von Nutzung und Entsorgung von Plastiksackerln zwischen Österreich und z.B. Italien ganz anders. Fallen in Italien mehr als 200.000 Tonnen an, sind es in Österreich „nur“ 5.000 bis 6.000 Tonnen, die jährlich an Abfall anfallen. Dank der vorbildlichen Trennleistung der ÖsterreicherInnen werden diese recycelt oder energetisch verwertet.

Will man fossile Plastikgrundstoffe vermeiden, so gilt es Alternativen zum Plastiksackerl auf nationaler Ebene zu forcieren. Dazu ist es wichtig, die Materialeigenschaften und die Vor- und Nachteile bei den jeweiligen Einsatzbereichen sowie das Kosten-Nutzenverhältnis zu beachten. In Österreich gab es dazu bereits erfolgreiche Bestrebungen. So bieten einzelne Handelsketten schon seit einiger Zeit Tragetaschen aus abbaubarem Material an.

Um den aus den fossilen Grundstoffen hergestellten Kunststoff insbesondere im Lebensmittelhandel zu verringern, sind weitere Maßnahmen nötig, und das **Lebensministerium** hat dazu ein **5-Punkte Programm** initiiert:

1. **Kooperation** mit dem Handel zur Plastiksackerlvermeidung
2. **Pilotprojekt** zum verstärkten Einsatz von abbaubaren Verpackungsmaterialien
3. **Bewusstseinsbildung** zur Steigerung der Abfallvermeidung
4. **Evaluierung** bestehender Regelungen in anderen EU-Ländern bezüglich Kunststofftragetaschen
5. **Prüfung** einer Kennzeichnungspflicht für Kunststofftragetaschen durch die EU-Kommission anregen.